Jahresabschluss 2024

PSD Bank Nürnberg eG

Nürnberg

Jahresabschluss der Kreditinstitute in der
Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft

Bestandteile Jahresabschluss

1. Jahresbilanz (Formblatt 1)
2. Gewinn- und Verlustrechnung
(Formblatt 3 - Staffelform)
3. Anhang

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

der PSD Bank Nürnberg eG

I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die PSD Bank Nürnberg eG ist eine eingetragene Genossenschaft, die der amtlich anerkannten BVR Instituts-sicherung GmbH und der zusätzlichen freiwilligen Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. angeschlossen ist. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Wir betreiben grundsätzlich alle banküblichen Geschäfte. Unser Geschäftsgebiet umfasst überwiegend Standorte in Franken, Sachsen und der Oberpfalz mit unserer Hauptstelle, fünf Filialen und einem Beratungsbüro.

II. Wirtschaftsbericht

II.1 Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die für das Verständnis der Analyse unseres Geschäftsverlaufs und unserer wirtschaftlichen Lage maßgeblichen Bedingungen im Geschäftsjahr haben sich wie folgt entwickelt:

Weiterer Rückgang der Wirtschaftsleistung

Aufgrund struktureller und konjunktureller Belastungen sank die Wirtschaftsleistung bereits 2023 um 0,3 %. Im Jahr 2024 führten die verhaltene globale Industriekonjunktur, inländische Strukturprobleme und wirtschaftspolitische Unsicherheiten zu einer weiteren leichten Senkung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,2 %. Die Inflationsrate verminderte sich von 5,9 % im Jahresdurchschnitt 2023 auf 2,2 % im Jahr 2024.

Arbeitslosenzahl und Erwerbstätige nehmen zu

Aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche stieg die Arbeitslosenzahl 2024 auf den Höchststand seit 2015, mit 2,8 Millionen Menschen. Somit erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 5,7 % im Vorjahr auf 6,0 %. Zudem hielt der Beschäftigungsaufbau an. Die Erwerbstätigenzahl kletterte im Vorjahresvergleich um 71.000 auf einen neuen Rekordwert von 46,1 Millionen Menschen.

Inflationsrate sinkt deutlich

Nachdem die jährliche Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex 2022 mit 6,9 % den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht hatte, ging sie bereits 2023 auf 5,9 % zurück. Im Jahr 2024 sank sie erneut und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,2 %. Während die Inflationsrate im Januar noch bei 2,9 % lag, sank sie auf bis zu 1,6 % im September und stieg zum Ende des Jahres wieder leicht an. Nahrungsmittel verteuerten sich um 1,4 %, was einem deutlichen Rückgang zu der Verteuerung im Vorjahr (12,4 %) entspricht. Bei Dienstleistungen hielt der Preisauftrieb mit 3,8 % zwar an, aber weniger stark als noch im Vorjahr mit 4,4 %. Energieprodukte hatten sich 2023 noch um 5,3 % verteuert, wohingegen sie sich im Jahr 2024 um 3,2 % verbilligten.

EZB beginnt Phase der Zinssenkungen

Nachdem die Leitzinsen am 20. September 2023 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, entschied die Europäische Zentralbank im Juni 2024 die Phase der Zinssenkungen zu beginnen. Dies ist auf den Rückgang der Inflationsraten, die Aussicht auf ein mittelfristiges Erreichen des Inflationsziels und die Befürchtung, dass eine zu restriktive Geldpolitik die wirtschaftliche Entwicklung zu stark bremsen und mittelfristig sogar zu einem Unterschreiten des Inflationsziels führen könnte, zurückzuführen.

Entwicklung der Anleiherenditen

Inflations- und Zinserwartungen sowie die tatsächlichen Entscheidungen der Notenbanken prägten auch im Jahr 2024 die Anleihemärkte. Besonders in der ersten Hälfte des Jahres fielen die Kurse und entsprechend stiegen die Renditen. So belief sich die Rendite der zehnjährigen deutschen Staatsanleihe Anfang des Jahres auf 2,03 % und erzielte am 29. Mai einen Höchstschlussstand von 2,68 %. Bis Oktober fiel die Rendite wieder in etwa auf das Niveau des Jahresanfangs mit 2,04 %. Dieses Auf und Ab setzte sich im weiteren Jahresverlauf fort und ist durch die Unsicherheiten über die weitere Gangart der Geldpolitik zu begründen. Die zehnjährige Bundesanleihe erwirtschaftete zum Jahresende eine Rendite von 2,36 % und ist somit höher als zu Jah-

resbeginn.

Ähnlich wie im Euroraum entwickelten sich britische und amerikanische Anleihen, jedoch auf höherem Niveau. Die Entwicklung der Renditen in den USA ist weitestgehend durch die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten begründet.

DAX schließt nahe Rekordhoch

Die Aktienmärkte setzten im Jahr 2024 die Erholung des Jahres 2023 fort. Die Entwicklung übertraf trotz der bestehenden Krisen, wie dem Krieg in der Ukraine oder dem Nahostkonflikt sowie der konjunkturellen Lage in Deutschland die Erwartungen. Zu Beginn des Jahres lag der DAX bei 16.751 Punkten und kam bis Ende März in die Nähe von 18.500 Punkten. Aufgrund einer Marktpanik in Japan ging der DAX im August um 1.100 Punkte zurück. Die Kursverluste konnte der DAX schnell überwinden und erholte sich bis zu seinem Höhepunkt am 12. Dezember mit 20.426 Punkten. Der DAX schloss das Jahr mit 19.909 Punkten und auf Jahres-sicht um 18,85 % im Plus ab.

Entwicklung der PSD Banken

Die PSD Banken blieben auch im Jahr 2024 auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme der 12 Banken stieg um 310 Mio. Euro (oder 1,1 %) auf insgesamt 27.552 Mio. Euro.

II.2 Leistungsindikatoren

Definition unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Über unsere strategische Eckwert- und Kapitalplanung planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts auf Grundlage von Kennzahlen und Limiten. Dabei verwenden wir die folgenden bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, die sich auch aus unserer Geschäfts- und Risikostrategie ableiten lassen und die wir mithilfe unseres internen Berichtswesens regelmäßig überwachen:

- Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Rentabilität der Bank wird die Relation des Jahresüberschusses vor Steuern und vor der Zuführung/Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zur durchschnittlichen Bilanzsumme (nachfolgend: „JÜ vor Steuern/dBS“) festgelegt. Die Kennzahl JÜ vor Steuern/dBS misst die Ertragskraft der Bank in Relation zum Geschäftsumfang, gemessen als durchschnittliche Bilanzsumme.
- Als Leistungsindikator für die Wirtschaftlichkeit/Effizienz oder Produktivität unseres Instituts wurde die Cost Income Ratio (nachfolgend: „CIR“) bestimmt. Sie stellt das Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis (inkl. laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren) sowie dem Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen dar.
- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Bank durch nachhaltiges Wachstum werden angemessene Eigenmittel benötigt. Als bedeutsamster Leistungsindikator für die Kapitalausstattung dient die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 2 CRR (hartes Kernkapital des Instituts in Prozent des Gesamtrisikobetrags).

Entwicklung unserer bedeutsamsten Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2024

Die Entwicklung der von uns definierten bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren im Geschäftsjahr 2024 stellt sich wie folgt dar:

Die Rentabilitätskennzahl Jahresüberschuss vor Steuern/dBS stieg im Vorjahresvergleich von 0,22 % auf 0,26 %. Die CIR lag im Geschäftsjahr 2024 bei 69,8 % (Vorjahr: 86,5 %).

Die harte Kernkapitalquote belief sich auf 15,22 %; ein Zuwachs von 0,17 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr.

Die Entwicklung der harten Kernkapitalquote liegt deutlich über der in der Vorperiode berichteten Prognose. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein stärker als geplanter Kernkapitalaufbau.

Der Jahresüberschuss vor Steuern/dBS liegt leicht über der im Vorjahr berichteten Prognose, während die CIR im Jahr 2024 einen deutlich besseren Wert aufweist, als für das Jahr prognostiziert. Wir verweisen hierzu auf den Abschnitt II.4.1.

II.3 Geschäftsverlauf der PSD Bank Nürnberg eG

	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Bilanzsumme	4.535.653	4.525.298	+	10.355	0,2
Außerbilanzielle Geschäfte	759.447	698.761	+	60.686	8,7

Die Bilanzsumme blieb mit einem Anstieg um 0,2 % nahezu unverändert.

Die außerbilanziellen Geschäfte, die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 44 TEUR und aus anderen Verpflichtungen in Höhe von 194.403 TEUR und derivativen Geschäften in Höhe von nominell 565.000 TEUR zusammensetzen, liegen über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Derivate zurückzuführen.

Aktivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Kundenforderungen	3.566.148	3.530.145	+	36.003	1,0
Wertpapiere	789.662	781.759	+	7.903	1,0
Forderungen an Kreditinstitute	107.212	141.897	-	34.685	24,4

Die Kundenforderungen und die Wertpapiere befinden sich auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr. Das Neugeschäftsvolumen im Baufinanzierungsbereich lag über dem Volumen des Vorjahrs.

Insbesondere durch den Abbau von nicht benötigten Liquiditätsreserven bei der DZ Bank (-25.265 TEUR) gingen die Forderungen an Kreditinstitute im Geschäftsjahr 2024 zurück.

Passivgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	505.345	572.554	-	67.209	11,7
Spareinlagen von Kunden	522.454	593.217	-	70.763	11,9
andere Einlagen von Kunden	3.003.069	2.858.618	+	144.451	5,1

In der Struktur der Passivseite sind im Berichtsjahr Veränderungen zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Einlagen mit einer festen Laufzeit zu Lasten von Spar- und Sichteinlagen stärker nachgefragt. Die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (Passiva 2bb) erhöhten sich im Geschäftsjahr um 247.221 TEUR.

Durch Fälligkeiten gingen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Geschäftsjahr 2024 zurück.

Dienstleistungsgeschäft	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	3.898	3.327	+	571	17,2
andere Vermittlungserträge	685	628	+	57	9,1
Erträge aus Zahlungsverkehr	4.456	2.721	+	1.735	63,8

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich insgesamt positiv. Die Erträge aus dem Zahlungsverkehr sind insbesondere durch die Neueinführung von Entgelten aus dem Bereich Kontoführung/Zahlungsverkehr im Verlauf des Jahres 2023 angestiegen. Der Anstieg im Wertpapiergeschäft basiert im Wesentlichen auf Provisionserträgen aus der Vermittlung von Investmentfonds.

Immobilien-geschäft

Darüber hinaus investierten wir in Immobilien zur Erzielung von Mieterträgen. Im Geschäftsjahr wurde eine Immobilie verkauft und bei einer Immobilie erfolgte eine Wertaufholung.

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betragen im Geschäftsjahr 1.242 TEUR.

Im Berichtsjahr wurde in die Betriebs- und Geschäftsausstattung 266 TEUR investiert.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr war neben den nachfolgend dargestellten Sachverhalten durch keine außergewöhnlichen Vorgänge gekennzeichnet.

Zur Konzentration unseres Geschäftsstellennetzes wurde ein Beratungsbüro zum Jahresübergang 2023/2024 geschlossen.

II.4. Lage der PSD Bank Nürnberg eG

II.4.1 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten unserer Bank haben sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt entwickelt.

Gewinn- und Verlustrechnung	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Zinsüberschuss ¹⁾	23.754	35.327	-	11.573	32,8
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	23.901	9.359	+	14.542	155,4
Provisionsüberschuss ²⁾	3.629	959	+	2.670	278,4
Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾	6.029	9.150	-	3.121	34,1
Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwendungen	19.450	18.514	+	936	5,1
b) andere Verwaltungsaufwendungen	20.296	22.607	-	2.311	10,2
Bewertungsergebnis ⁴⁾	-5.562	2.732	-	8.294	303,6
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	12.018	10.218	+	1.800	17,6
Steueraufwand	-43	785	-	828	105,5
Jahresüberschuss	5.961	5.933	+	28	0,5

1) GuV - Posten 1 abzüglich GuV - Posten 2.

2) GuV - Posten 5 abzüglich GuV - Posten 6.

3) GuV - Posten 8 abzüglich GuV - Posten 12.

4) GuV - Posten 13 - 16

Der Zinsüberschuss ging im Berichtsjahr um 11.573 TEUR zurück. Dies ist im Wesentlichen auf eine gestiegene Durchschnittsverzinsung der Kundenpassiva zurückzuführen. Das Baufinanzierungsgeschäft und das Derivateergebnis wirkten sich positiv auf das Zinsergebnis aus.

Die laufenden Erträge haben sich im Wesentlichen erhöht, da der im Vorjahr nicht ausgeschüttete Anteil des ordentlichen Jahresergebnisses der PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG im Geschäftsjahr 2024 zusätzlich ausgeschüttet wurde.

Das Provisionsergebnis erhöhte sich um 2.670 TEUR. Wir verweisen hierzu auf die Kommentierung des Dienstleistungsgeschäfts in Abschnitt II.3.

Die Reduzierung des sonstigen betrieblichen Ergebnisses betrug 3.121 TEUR. Dabei war der Wert des Vorjahres wesentlich durch einen Immobilienverkauf beeinflusst. Im Geschäftsjahr 2024 erfolgte ebenfalls ein Immobilienverkauf, dieser wirkte sich mit einem Gewinn aus Anlagenabgang in Höhe von 2.746 TEUR jedoch deutlich weniger stark aus, als der Effekt im Vorjahr. Ergebniserhöhend wirkte außerdem eine Wertaufholung bei einer Immobilie in Höhe von 1.457 TEUR.

Der durchschnittliche Personalbestand blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Tarifliche und individuelle Gehaltssteigerungen sowie eine Anpassung des Sozialkatalogs führen zu einem Anstieg der Personalaufwendungen.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen gingen im Vorjahresvergleich um 10,2 % zurück. Rückgänge u. a. bei den Aufwendungen für Werbemaßnahmen und die Nichterhebung der europäischen Bankenabgabe überkompensierten dabei die allgemeinen Preissteigerungen.

Das Bewertungsergebnis lag 8.294 TEUR unter dem Vorjahreswert. Dies ist im Wesentlichen auf eine Einzelwertberichtigung in Höhe von 2.950 TEUR auf ein Schuldscheindarlehen sowie die Bildung von Vorsorgereserven nach § 340 f HGB zurückzuführen, außerdem war der Vorjahreswert durch handelsrechtliche Wertaufholungen bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve erhöht.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit hat sich im Vorjahresvergleich erhöht. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen die oben dargestellten Faktoren.

Die Aufwands-/Ertragsrelation (Cost Income Ratio – CIR, vgl. Definition im Abschnitt II.2) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich. Die Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS erhöhte sich im Vorjahresvergleich leicht.

II.4.2 Finanz- und Liquiditätslage

Die vorhandenen liquiden Mittel reichten im Geschäftsjahr aus, um die aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestreservebestimmungen und Bestimmungen der CRR) zu erfüllen. Den Zahlungsverpflichtungen nach Art, Höhe und Fristigkeit konnte im Berichtsjahr stets nachgekommen werden.

Die Liquidity Coverage Ration (LCR) lag zum Bilanzstichtag bei 136 %.

Ein großer Teil der Wertpapiere der Liquiditätsreserve und des Anlagevermögens - mit Ausnahme der Fonds -

ist notenbankfähig und kann somit bei der Deutschen Bundesbank zum Erhalt liquider Mittel hinterlegt werden.

Neben den dargestellten liquiden Mitteln stehen uns kurzfristig verfügbare Kreditlinien bei unserer genossenschaftlichen Zentralbank (DZ BANK AG) und die Refinanzierungsfazilitäten der EZB zur Verfügung.

Übernachtkredite (Spitzenrefinanzierungsfazilität) bei der Deutschen Bundesbank und die eingeräumten Kreditlinien der DZ BANK AG haben wir im Jahresverlauf nicht in Anspruch genommen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den folgenden Jahren aufgrund der vorhandenen Liquiditätsreserven sowie der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund nicht zu rechnen.

Bis zur Erstellung des Lageberichts liegen keine Anhaltspunkte für Umstände vor, die die Liquiditätslage der Bank nachteilig verändern könnten.

Weitere Ausführungen finden sich unter III.4 Liquiditätsrisiken.

II.4.3 Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

Eigenkapital	Berichtsjahr TEUR	Vorjahr TEUR	+/-	Veränderung TEUR	%
Gezeichnetes Kapital	61.499	61.461	+	38	0,1
Rücklagen	143.733	139.888	+	3.845	2,7

Wesentliche Veränderungen beim Eigenkapital ergaben sich durch die Gewinnthesaurierung. Daneben besteht ein Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 178.300 TEUR.

Der Anteil der bilanziellen Eigenmittel an der Bilanzsumme hat sich von 9,80 % auf 9,91 % erhöht.

Die harte Kernkapitalquote beläuft sich auf 15,22 % und konnte somit leicht erhöht werden. Die wesentliche Ursache für die Erhöhung des Kernkapitals ist die Rücklagenbildung aus Gewinnthesaurierung. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Die Gesamtkapitalquote beläuft sich auf 17,97 % und ging somit leicht zurück. Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestgröße wurde jederzeit erfüllt. Eine weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung ist weiterhin vorrangiges Ziel der Geschäftspolitik.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn (Nettogewinn = Jahresüberschuss nach Steuern) und Bilanzsumme) beläuft sich auf 0,13 %. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken würde sich eine Kapitalrendite von 0,27 % ergeben.

Kundenforderungen

Der Anteil der Kundenforderungen an der Bilanzsumme beträgt 78,6 %.

Das Bruttokundenkreditvolumen (Kundenforderungen und unwiderrufliche Kreditzusagen) entfällt nahezu vollständig auf Privatkunden.

Im Kundenkreditgeschäft bestehen keine besonderen strukturellen Risiken und Risikokonzentrationen (es besteht lediglich eine Konzentration auf Besicherungen mit Wohnimmobilien).

Die Größenklassengliederung ist ausgewogen. Von den Kundenfinanzierungen entfallen 9,2 % auf die Größenklasse ab 500 TEUR.

Risiken im Kreditgeschäft sind in voller Höhe durch Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen abgesichert.

Die aufsichtsrechtlichen Kreditgrenzen sowie die festgelegten Kreditbeschränkungen nach § 49 GenG wurden im Berichtszeitraum stets eingehalten.

Wertpapiere

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Berichtsjahr	Vorjahr	+/-	Veränderung	
	TEUR	TEUR		TEUR	%
Anlagevermögen	513.820	509.576	+	4.244	0,8
Liquiditätsreserve	275.841	272.183	+	3.658	1,3

Die eigenen Wertpapieranlagen haben insgesamt einen Anteil von 17,4 % an der Bilanzsumme. Bezogen auf die Bilanzsumme entfällt ein Anteil von 4,5 % auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) bzw. von 12,9 % auf Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6).

Bei den festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich ausschließlich um EUR-Anleihen.

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Vom gesamten Wertpapierbestand wurde ein Teilbetrag in Höhe von 513.820 TEUR dem Anlagevermögen zugewiesen. Durch die Bewertung der Wertpapiere des Anlagevermögens nach dem gemilderten Niederstwertprinzip wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 4.185 TEUR vermieden.

Strukturierte Finanzinstrumente wurden als einheitlicher Vermögensgegenstand nach den allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet.

Weitere wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Im Geschäftsjahr wurde eine Immobilie verkauft und bei einer Immobilie erfolgte eine Wertaufholung. Insgesamt ist dabei das Sachanlagevermögen gesunken.

Derivategeschäfte

Es bestehen Zinsderivate in einem Umfang von 565.000 TEUR, die der Steuerung des Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Steuerung) dienen. Diese Derivate werden in die verlustfreie Bewertung des Zinsbuches einbezogen. Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit, die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreitet, wurden in Bezug auf den laufzeitinkongruenten Teil nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet.

II.5 Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage unseres Hauses aufgrund der nachfolgend dargestellten Entwicklung als günstig.

Die Entwicklung der Ertragslage, gemessen an der Rentabilitätskennzahl JÜ vor Steuern/dBS, liegt leicht über der in der Vorperiode berichteten Prognose. Niedrigere Verwaltungsaufwendungen als geplant, sowie der Gewinn aus dem Verkauf einer Immobilie und die Wertaufholung einer weiteren Immobilie wirkten sich positiv aus. Eine Wertberichtigung auf ein Schuldscheindarlehen ergab einen negativen Ergebnisbeitrag.

Das Wachstum im Bereich privater Baufinanzierungen war niedriger als geplant. Eine höhere durchschnittliche Verzinsung der Kundeneinlagen führte zu einer Reduktion des Zinsergebnisses. Die Ausweitung der Dienstleistungserträge wirkte sich positiv aus.

Die Vermögenslage der Bank zeichnet sich durch gegenüber dem Vorjahr leicht verbesserte Kernkapitalquoten aus. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen wurden im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Für erkennbare und latente Risiken in den Kundenforderungen wurden Wertberichtigungen gebildet. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist durch Abzug von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen worden.

Finanzlage und Liquiditätsausstattung entsprechen den aufsichtsrechtlichen und betrieblichen Erfordernissen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

III.1 Risikomanagementsystem

Die Ausgestaltung unseres Risikomanagements ist bestimmt durch unsere Geschäfts- und Risikostrategie, die hieraus abgeleiteten operativen Zielgrößen und Plandaten sowie die Risikotragfähigkeit der Bank. Im Rahmen der jährlichen Risikoinventur identifizieren, quantifizieren, beurteilen und dokumentieren wir unsere Risiken.

Wir legen die für uns wesentlichen Risiken fest und entwickeln entsprechende Risikostrategien.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung beinhaltet eine ökonomische und eine normative Perspektive.

Die Risikotragfähigkeit in der normativen Perspektive, die einen periodischen Steuerungskreis darstellt, zielt auf die Fortführung der operativen Geschäftstätigkeit. In der normativen Perspektive betrachten wir die Einhaltung regulatorischer Anforderungen. Diese umfassen insbesondere die Kapitalanforderungen sowie Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals. Die Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, sofern die Kapitalquoten eingehalten und sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals erfüllt werden.

Die normative Perspektive bilden wir ausgehend von der Gesamtbankplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren ab. In dieser wird die Entwicklung des regulatorischen Kapitalbedarfs bestimmt. Neben einem Plan-szenario werden mögliche abweichende Entwicklungen in einem adversen Szenario berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive zielt auf den Schutz der Gläubiger aus ökonomischer Sicht ab. In der ökonomischen Perspektive, die in unserem Institut barwertig ermittelt wird, werden das Risikodeckungspotenzial und die konsistent dazu ökonomisch ermittelten Risiken gegenübergestellt. Die ökonomische Risikotragfähigkeit ist demnach gegeben, wenn die ökonomischen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend gedeckt sind. Die Bewertung des Risikodeckungspotenzials erfolgt unabhängig von Rechnungslegungskonventionen und aufsichtlichen Eigenmittelanforderungen.

Auf Basis des ermittelten Risikodeckungspotenzials legen wir im Rahmen unseres Strategie- und Limitierungsprozesses unser Gesamtbankrisikolimit fest. Wir stellen dabei sicher, dass genügend freies Risikodeckungspotenzial zur Verfügung steht, um zukünftige Wertschwankungen aufzufangen.

Unsere im Rahmen unserer ökonomischen Risikosteuerung ermittelten Risikodeckungspotenziale zum Bilanzstichtag betragen nach Abzug eines Puffers für unwesentliche Risiken 416 Mio. EUR, wovon 217 Mio. EUR für das Gesamtrisikolimit zur Verfügung gestellt wurden.

Demgegenüber standen aggregierte Gesamtbankrisiken in Höhe von 199 Mio. EUR, die sich wie folgt auf unsere wesentlichen Risikoarten verteilen: Zinsänderungsrisiko 121 Mio. EUR, Adressenausfallrisiken 23 Mio. EUR (davon Forderungen an Kunden 5 Mio. EUR, Eigenanlagen 18 Mio. EUR), Immobilienrisiken 46 Mio. EUR, operationelle Risiken 7 Mio. EUR.

Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoberichterstattung bzw. Ad-hoc-Berichterstattung werden Vorstand und Aufsichtsrat informiert.

Die Funktionsfähigkeit und Angemessenheit aller Risikocontrolling- und Risikomanagement-Aktivitäten werden durch die Interne Revision geprüft.

Unser Stresstestkonzept umfasst die beiden Steuerungsperspektiven der Risikotragfähigkeit. Dabei ermitteln wir regelmäßig und anlassbezogen die Auswirkungen von Stresstests und adversen Szenarien. Die Reflexion und kritische Würdigung dieser Auswirkungen ist ein zentrales Element unseres Risikomanagements.

Im Folgenden erläutern wir das Risikomanagement unserer wesentlichen Risiken.

III.2 Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Die Zinsrisiken messen wir monatlich mit einem Value-at-Risk-Ansatz, wobei ein Konfidenzniveau von 99,9 % zur Anwendung kommt. Die gemessenen Risiken werden dem entsprechenden Teilrisikolimit gegenübergestellt, dessen Überschreiten die Anwendung definierter Steuerungsmaßnahmen auslöst.

Zur Ermittlung der Auswirkungen von Zinsänderungen hat die Bank für die wesentlichen variablen Positionen Ablauffiktionen auf der Grundlage gleitender Durchschnitte und Elastizitäten ermittelt. Neben der Risikoermittlung im Rahmen der Risikotragfähigkeit werden die Zinsrisiken u. a. auch im Kontext des barwertigen und periodischen Ausreißertests ermittelt.

Aufgrund des von uns eingegangenen Zinsänderungsrisikos ist ein Rückgang des Zinsbuchbarwertes bei steigenden Zinssätzen zu erwarten. Die Bank setzt bei ihrer Zinsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene verschiedene Zinssicherungsinstrumente ein. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung haben wir dazu Zinsswaps abgeschlossen.

Sonstige Marktpreisrisiken

Es bestehen keine weiteren wesentlichen Marktpreisrisiken.

III.3 Adressenausfallrisiken

Forderungen an Kunden

Das Adressenausfallrisiko im Kundengeschäft messen wir mittels des Kreditportfoliomodells Kundengeschäft aus dem Software-Modul VR-Control KRM mit einem Konfidenzniveau von 99,9 %.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit-Value-at-Risk (CVaR) ermittelt wird.

Die Überwachung und Steuerung des Kreditgeschäfts erfolgt auf der Basis von Limitierungen und Steuerungsvorgaben für das Neugeschäft. Unsere Auswertungen geben Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Branchen, Größenklassen, Sicherheiten und Risikoklassen. Risikokonzentrationen bestehen lediglich in der Sicherheitenart eigengenutzte Wohnimmobilien.

Risikovorsorge wird auf Basis der handelsrechtlichen Vorschriften gebildet.

Eigenanlagen

Für die Identifizierung, Beurteilung und Überwachung der Risiken greifen wir auf die Ratingergebnisse von Ratingagenturen, eigene Analysen von Berichten und Veröffentlichungen sowie Beobachtungen der Spreadentwicklungen der Emittenten zurück.

Der Risikoausweis umfasst den unerwarteten Verlust, welcher als barwertig ermittelter Credit-Value-at-Risk (CVaR) ermittelt wird.

Die Messung der Adressrisiken bei den Eigenanlagen erfolgt durch das Kreditportfoliomodell für Eigengeschäfte indem das zukünftige Verhalten definierter Risikoparameter auf Basis von Zufallszahlen in einer Monte-Carlo-Simulation abgebildet wird (Konfidenzniveau 99,9 %).

Diesen Risiken begegnen wir dadurch, dass wir hauptsächlich Wertpapiere von Emittenten bzw. aus Emissionen erwerben, deren Rating von einer anerkannten Ratingagentur als „Investment Grade“ beurteilt wurde. Das Ausfallrisiko begrenzen wir durch ein System interner Strukturlimits, die eine hinreichende Streuung des Depotbestandes gewährleisten.

Länderrisiken

Länderrisiken sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung und bestehen nur im Bereich der Eigengeschäfte.

III.4 Liquiditätsrisiken

Da das Zahlungsunfähigkeitsrisiko aufgrund seiner Eigenart nicht sinnvoll mit Risikodeckungspotenzial begrenzt und somit nicht in die klassische Risikotragfähigkeit integriert werden kann, haben wir diesbezüglich einen weiteren Prozess (Liquiditätstragfähigkeit) in die Risikosteuerungs- und Controllingprozesse aufgenommen.

Zur frühzeitigen Erkennung eines Liquiditätsengpasses wird die LCR-Kennziffer gemessen und gesteuert. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem geforderten Mindestwert von 100 %.

Die Überwachung der Liquiditätstragfähigkeit bzw. die Steuerung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos erfolgt mit Hilfe entsprechender Liquiditätsablaufbilanzen (LAB), in welchen wir die szenariospezifischen Zahlungsmittelabflüsse den szenariospezifischen Zahlungsmittelzuflüssen an den jeweiligen Zahlungszeitpunkten gegenüberstellen. Sofern sich hieraus im Zeitverlauf ein kumulierter Zahlungsmittelbedarf entwickelt, prüfen wir, ob dieser mit dem jeweilig definierten Liquiditätsdeckungspotenzial (LDP) für einen zuvor definierten Zeitraum (Liquiditätshorizont bzw. Überlebenshorizont) im jeweiligen betrachteten Szenario abgedeckt werden kann. Unsere Refinanzierungsstruktur ist weitgehend durch Geschäftsbeziehungen mit Privatkunden und durch langfristige Pfandbriefemissionen geprägt. Im Zuge der Eckwertplanung erstellt die Bank einen Refinanzierungsplan für den jeweiligen Planungshorizont.

Zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität beobachten wir regelmäßig die NSFR (Net Stable Funding Ratio). Damit beurteilen wir insbesondere die Abhängigkeit von kurzfristigen Refinanzierungen sowie unsere Stressresistenz insgesamt. Im Geschäftsjahr lag sie stets über dem Mindestwert von 100 %.

In liquiditätsmäßig engen Märkten sind wir nicht engagiert.

Eine Liquiditätsmanagementfunktion wurde mit dem Ziel der Liquiditätssteuerung eingerichtet, um in Phasen eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses einschließlich eines Stressfalls die Zahlungsfähigkeit zu sichern und eine Unterschreitung der bankaufsichtlichen LCR-Mindestquote zu verhindern. Zudem wurde für den Fall eines Liquiditätsengpasses ein Notfallplan festgelegt. Im Rahmen der Eigenanlagenstrategie streuen wir die Positionen der Liquiditätsreserve über Laufzeiten und Emittenten, um ein hohes Maß an Liquidierbarkeit zu erreichen, damit wir jederzeit kurzfristig auf unerwartete Zahlungsstromschwankungen reagieren können.

III.5 Operationelle Risiken

Wesentliche identifizierte operationelle Risiken werden in einer Schadensfalldatenbank erfasst, analysiert und überwacht. Im Rahmen eines Self-Assessments erfolgt die Identifikation potenzieller operationeller Risiken. Der Risikoausweis erfolgt auf Basis des Basisindikatoransatzes. Zudem werden auch Szenario-Annahmen im Rahmen von regelmäßigen Stresstests berücksichtigt.

Den operationellen Risiken begegnen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen. Dazu zählen insbesondere Arbeitsanweisungen, die Einhaltung einer ausreichenden Funktionstrennung, die laufende Optimierung der Arbeitsabläufe, Mitarbeiterschulungen, der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten, laufende Investitionen in neue DV-Systeme über die von uns beauftragte Rechenzentrale, Backup-Einrichtungen, Prüfung der Verfahren und Systeme durch die Interne Revision, Versicherungen (z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken). Zusätzlich hat unser Haus eine Notfallplanung erstellt.

Dem Rechtsrisiko begegnen wir durch die Verwendung der im Verbund entwickelten Formulare bzw. von rechtlich geprüften Vertragsvordrucken. Bei Rechtsstreitigkeiten nehmen wir Rechtsberatung in Anspruch. Im Geschäftsjahr sind keine operationellen Risiken mit deutlicher Ertragsauswirkung eingetreten.

III.6 Weitere Risiken

Immobilienrisiken

Die Bank investiert im Rahmen ihres Eigenanlagengeschäftes in begrenztem Umfang direkt oder über Fonds bzw. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen in Immobilien. Die Risiken aus Immobilien stellen eine wesentliche Risikoart dar. Die Quantifizierung der Risiken erfolgt durch einen Value-at-Risk mit 99,9 % Konfidenzniveau mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis objektspezifischer Marktmethoden. Im Rahmen der Stresstests wird ein erhöhter Abschlag auf den Marktwert unterstellt.

Nachhaltigkeitsrisiken

Einflüsse von Nachhaltigkeitsrisiken auf die primären Risikoarten werden im Rahmen der Risikoinventur analysiert und gewürdigt.

III.7 Gesamtbild der Risikolage

Zusammenfassend ist die Risikolage insgesamt als geordnet einzustufen, da die Risikotragfähigkeit im Geschäftsjahr 2024 unter den definierten Risikoberechnungen stets gegeben war.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen haben wir im Jahr 2024 jederzeit eingehalten. Wir verweisen hierzu ergänzend auf unsere Ausführungen bei der Vermögenslage.

Nach dem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2025 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/Substanzsituation der Bank gegeben. Die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung unserer Bank voraussichtlich nicht wesentlich beeinträchtigen können.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

IV. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die Prognosen, die sich auf die voraussichtliche Entwicklung der PSD Bank Nürnberg eG für das Geschäftsjahr 2025 beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen und Planungsrechnungen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch die Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Die Prognosen zur Konjunkturerwicklung gehen nach den im Januar 2025 veröffentlichten Einschätzungen der Konjunkturexperten von einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 0,3 % im Jahr 2025 aus.

Dabei werden Wachstumsimpulse hauptsächlich von der Binnenwirtschaft erwartet. Aufgrund innen- und geopolitischer Unsicherheiten wird wahrscheinlich erst im weiteren Jahresverlauf mit einer zunehmenden wirtschaftlichen Dynamik zu rechnen sein.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jahr 2025 wird voraussichtlich stagnieren.

Bei der Inflation wird von einem ähnlichen Niveau im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen. Es wird eine Inflationsrate von 2,2 % im Jahresdurchschnitt erwartet (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht 2025; Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz).

Bzgl. der geldpolitischen Beschlüsse der EZB gehen wir weiterhin von einem datengestützten Ansatz der Notenbank aus und erwarten weitere Zinssenkungen im Verlauf des Jahres.

Das geschäftliche Umfeld und die Entwicklung der Kreditgenossenschaften werden nach unseren Einschätzungen auch im kommenden Geschäftsjahr von der weiteren Zinsentwicklung, dem weiterhin hohen Wettbewerb, den sich weiter entwickelnden Kundenansprüchen im Zusammenhang mit der Digitalisierung und den wachsenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie von der Entwicklung von Immobilienpreisen und zu-

nehmend auch von Auswirkungen des Klimawandels geprägt.

Voraussichtlicher Geschäftsverlauf und voraussichtliche Lage

Im Kundenkreditgeschäft erwarten wir einen Anstieg des Neugeschäftsvolumens und des Kreditbestands. Auch im Kundeneinlagengeschäft gehen wir von einem Anstieg des Geschäftsvolumens aus. Wir erwarten, dass der Zinsüberschuss (inkl. laufender Erträge) im Folgejahr über dem aktuellen Wert liegen wird. Beim Zinsertrag (inkl. laufendem Ertrag) gehen wir von einem geringeren Rückgang aus, als beim Zinsaufwand.

Das Provisionsergebnis wird voraussichtlich aufgrund steigender Provisionsaufwendungen zurückgehen. Die Personalaufwendungen werden sich nach unseren Planungen im nächsten Geschäftsjahr aufgrund einer höheren Mitarbeiteranzahl sowie auch aufgrund tariflicher Lohnsteigerungen erhöhen. Bei den Sachkosten, inkl. planmäßiger Abschreibungen gehen wir ebenfalls von einem Anstieg aus.

Das prognostizierte sonstige betriebliche Ergebnis liegt im Jahr 2025 erheblich unter dem Wert des aktuellen Geschäftsjahrs, da sich im Jahr 2024 insbesondere Einmaleffekte wesentlich auswirkten.

Das prognostizierte Bewertungsergebnis 2025 liegt über dem Vorjahreswert.

Unsere Planung basiert auf einer Normalisierung der Marktzinskurve mit niedrigeren Geldmarkt- und höheren Kapitalmarktzinsen sowie konstanten Immobilienpreisen.

Erwartete Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten Leistungsindikatoren

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen und Annahmen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2025 die nachfolgend dargestellten Auswirkungen auf unsere bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren

(vgl. Definition Abschnitt II.2):

- Wir erwarten, dass der Jahresüberschuss vor Steuern in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme leicht über dem Niveau des Vorjahres liegt.
- Die Cost Income Ratio wird sich voraussichtlich aufgrund steigender Kosten und einem niedrigeren sonstigen betrieblichen Ergebnis, deutlich verschlechtern.
- Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir eine weitere Stärkung unseres Kernkapitals durch die voraussichtliche künftige Dotierung der Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Durch die CRR III erwarten wir eine deutliche Entlastung bei den risikogewichteten Positionsbeiträgen. Die aufsichtsrechtlich festgelegte harte Kernkapitalquote wird dabei deutlich ansteigen. Wir gehen davon aus, dass der aufsichtsrechtlich geforderte Mindestwert jederzeit eingehalten wird. Bei Eintritt der wesentlichen Zinsänderungs- oder Immobilienrisiken ist mit einer Verschlechterung sämtlicher bedeutsamer Leistungsindikatoren zu rechnen.

Gesamtaussage

Insgesamt erwarten wir unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass sich Geschäftsverlauf und Lage der PSD Bank Nürnberg eG günstig entwickeln werden, weil wir plangemäß im Kundengeschäft sowohl bei den Einlagen, als auch bei den Krediten und dem Provisionsgeschäft von einem wachsenden Volumen und insgesamt von einem höheren JÜ vor Steuern/dBS ausgehen. Wir erwarten eine angemessene Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgrund der jederzeitigen Einhaltung der Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität sowie die jederzeitige Sicherstellung der Risikotragfähigkeit in beiden Perspektiven.

Risiken

Wesentliche Risiken für die geschäftliche Entwicklung bestehen im kommenden Jahr bei einer unerwarteten Entwicklung der Zinsstrukturkurve, die zu einer Beeinträchtigung des geplanten Zinsergebnisses führen könnte.

Ein starker Anstieg der Kundeneinlagenzinsen in der Bankenlandschaft ist ein weiteres wesentliches Risiko, da

dies zu einer Belastung des Zinsergebnisses durch Erhöhung der eigenen Konditionen oder Abflüsse von Kundeneinlagen führen könnte.

Ein weiteres wesentliches Risiko besteht bei sinkenden Immobilienpreisen.

Weitere wesentliche Risiken sehen wir in möglichen Auswirkungen durch eine weitere Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts.

Chancen

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den voraussichtlichen Geschäftsverlauf bestehen im nächsten Geschäftsjahr bei einer überplanmäßigen Kreditnachfrage und bei über den Planungen liegenden Einlagenzuwächsen.

V. Zweigniederlassungen

Es bestehen keine Zweigniederlassungen.

Nürnberg, 28.03.2025

PSD Bank Nürnberg eG

Der Vorstand

gez. Helmut Hollweck

gez. Ronny Reißmann

gez. Jessica Tröger

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers überwacht. Alle von ihm erbrachten Nichtprüfungsleistungen waren zulässig und wurden durch den Aufsichtsrat genehmigt. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse.

Darüber hinaus standen der Aufsichtsratsvorsitzende und der Vorstand in engem Austausch miteinander. Der Aufsichtsrat unterhielt unverändert, die aus seiner Mitte heraus errichteten, fünf Ausschüsse.

Der Prüfungsausschuss hat sich in seinen sechs Sitzungen umfassend mit der Rechnungslegung der Bank beschäftigt und stand in engem Kontakt mit der Innenrevision der Bank. Er hat auch den Jahresabschluss 2024 einer sorgfältigen Prüfung unterzogen.

Der Kreditausschuss hat in insgesamt sieben Sitzungen getagt und über die ihm vorgelegten Beschlüsse beraten, geprüft und entschieden. Er erörterte die Kreditrisikostategie und analysierte die Ausfallquoten sowie die Blankovolumina.

Der Wirtschaftsausschuss, der viermal tagte, beschäftigte sich mit der Anlagepolitik der Bank, mit konkreten Anlagen, aber insbesondere mit der Risikostrategie, die er beratend begleitete. Ein Überwachungsschwerpunkt waren die Eigenanlagen der Bank und die Investitionen in Immobilienvermögen.

Der Personalausschuss hat Beschlüsse des Aufsichtsrats auf- und vorbereitet.

Der Satzungsausschuss hat aufgrund des Fehlens an Themen keine Sitzung abgehalten.

Nach den Empfehlungen der Ausschüsse wurden die erforderlichen Beschlüsse im Aufsichtsrat getroffen. Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist jeweils dem Gesamtaufichtsrat berichtet worden.

Der vorliegende Jahresabschluss 2024 mit Lagebericht wurde vom Verband der PSD Banken e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Generalversammlung berichtet.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses wurde durch den Aufsichtsrat geprüft und in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Generalversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2024 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Durch Ablauf der Wahlzeit scheidet in diesem Jahr Frau Dipl.-Bankbetriebswirtin Margit Vogel und Herr Dipl.-Kfm. Karl Michael Grimm aus dem Aufsichtsrat aus. Frau Sandra Huber ist bereits zum 31.08.2024 auf eigenem Wunsch aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Die Wiederwahl der durch den Ablauf der Wahlzeit ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates ist zulässig.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern Dank für die geleistete Arbeit aus.

Nürnberg, 27.05.2025

gez. Dr. Tilman Engel
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			3 532 176,43		3 313
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			30 028 231,14		29 497
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	30 028 231,14				(29 497)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			-	33 560 407,57	-
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-				(-)
b) Wechsel			-	-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			102 322 724,55		117 828
b) andere Forderungen			4 889 091,96	107 211 816,51	24 070
4. Forderungen an Kunden				3 566 147 787,64	3 530 146
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	2 807 592 918,51				(2 754 277)
Kommunalkredite	-				(-)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
ab) von anderen Emittenten			-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-				(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		64 414 452,47			63 441
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	59 518 107,26				(58 651)
bb) von anderen Emittenten		138 419 305,85	202 833 758,32		136 575
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	127 337 389,41				(128 093)
c) eigene Schuldverschreibungen			-	202 833 758,32	-
Nennbetrag	-				(-)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				586 827 760,30	581 742
6a. Handelsbestand				-	-
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			11 241 378,52		12 076
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			8 050,00	11 249 428,52	8
darunter: bei Kreditgenossenschaften	-				(-)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
bei Wertpapierinstituten	-				(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				2 215 965,76	2 232
darunter: an Kreditinstituten	-				(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-				(-)
an Wertpapierinstituten	-				(-)
9. Treuhandvermögen				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				-	-
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			-		-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			66 937,00		48
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-		-
d) Geleistete Anzahlungen			-	66 937,00	-
12. Sachanlagen				11 556 743,86	15 955
13. Sonstige Vermögensgegenstände				12 373 077,97	6 701
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1 609 462,62	1 666
15. Aktive latente Steuern				-	-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				-	-
Summe der Aktiva				4 535 653 146,07	4 525 298

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			-		15
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>505 345 146,86</u>	<u>505 345 146,86</u>	<u>572 539</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		<u>513 245 146,29</u>			<u>582 527</u>
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>9 209 170,06</u>	<u>522 454 316,35</u>		<u>10 690</u>
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		<u>1 508 689 530,32</u>			<u>1 611 459</u>
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1 494 379 744,20</u>	<u>3 003 069 274,52</u>	<u>3 525 523 590,87</u>	<u>1 247 159</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-		-
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			-	-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-				(-)
3a. Handelsbestand				-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				-	-
darunter: Treuhandkredite	-				(-)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				<u>30 314 512,34</u>	<u>33 608</u>
6. Rechnungsabgrenzungsposten				<u>71 332,41</u>	<u>76</u>
6a. Passive latente Steuern				-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			<u>12 449 574,00</u>		<u>12 512</u>
b) Steuerrückstellungen			<u>44 566,00</u>		<u>240</u>
c) andere Rückstellungen			<u>8 487 388,41</u>	<u>20 981 528,41</u>	<u>10 638</u>
8.				-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				<u>63 924 070,70</u>	<u>64 353</u>
10. Genussrechtskapital				-	-
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				<u>178 300 000,00</u>	<u>172 200</u>
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	-				(-)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			<u>61 498 550,53</u>		<u>61 461</u>
b) Kapitalrücklage			-		-
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		<u>17 760 000,00</u>			<u>17 110</u>
cb) andere Ergebnisrücklagen		<u>125 973 159,19</u>			<u>122 778</u>
cc)		-	<u>143 733 159,19</u>		-
d) Bilanzgewinn			<u>5 961 254,76</u>	<u>211 192 964,48</u>	<u>5 933</u>
Summe der Passiva				<u>4 535 653 146,07</u>	<u>4 525 298</u>
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			<u>43 585,77</u>		<u>59</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-	<u>43 585,77</u>	-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>194 402 960,92</u>	<u>194 402 960,92</u>	<u>178 702</u>
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	-				(-)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01. bis 31.12.2024

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		79 333 505,80			72 875
darunter: aus Abzinsung von Rückstellungen	7 012,00				(17)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		3 055 278,78	82 388 784,58		1 679
darunter: in a) und b) angefallene negative Zinsen	-				(-)
2. Zinsaufwendungen			-58 635 163,80	23 753 620,78	-39 227
darunter: erhaltene negative Zinsen	4 066,15				(3)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			23 901 287,24		9 359
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			498 886,35		226
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			302 679,31	24 702 852,90	249
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				-	-
5. Provisionserträge			9 102 256,40		6 739
6. Provisionsaufwendungen			-5 472 763,04	3 629 493,36	-5 780
7. Nettoertrag des Handelsbestands				-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge				7 200 153,14	12 958
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen		102 961,58			(62)
9.				-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		-16 109 813,05			-15 223
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-3 340 369,87	-19 450 182,92		-3 290
darunter: für Altersversorgung	-365 363,42				(-395)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			-20 296 364,43	-39 746 547,35	-22 607
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				-787 827,70	-6 664
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				-1 171 585,11	-3 808
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		-150 188,01			(-167)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			-5 785 880,12		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				-5 785 880,12	3 566
15. Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					-834
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			223 605,87	223 605,87	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				-	-
18.				-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				12 017 885,77	10 218
20. Außerordentliche Erträge				-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen				-	-
22. Außerordentliches Ergebnis					(-)
23. Erstattete Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			128 171,50		-671
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-84 802,51	43 368,99	-114
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				-6 100 000,00	-3 500
25. Jahresüberschuss				5 961 254,76	5 933
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				-	-
				5 961 254,76	5 933
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage				-	-
b) aus anderen Ergebnisrücklagen				-	-
				5 961 254,76	5 933
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage				-	-
b) in andere Ergebnisrücklagen				-	-
				5 961 254,76	5 933
28a.				-	-
29. Bilanzgewinn				5 961 254,76	5 933

3. ANHANG

A. Allgemeine Angaben

- Die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg, ist beim Amtsgericht Nürnberg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 281 eingetragen.
Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.
- In der Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ergaben sich keine Veränderungen.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

- Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).
Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigem Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die Forderungen an Kunden wurden mit dem Nennwert zuzüglich anteiliger Zinsen angesetzt

Die in den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken haben wir durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen, versteuerten Pauschalwertberichtigungen und Einzelrückstellungen in ausreichender Höhe abgedeckt.

Für vorhersehbare, noch nicht individuell konkretisierte Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden für Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden sowie Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen (einschließlich widerruflicher und unwiderruflicher Kreditzusagen) Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 gebildet. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt auf Grundlage des im Rahmen des internen Risikomanagements ermittelten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne Anrechnung von Bonitätsprämien (sog. Bewertungsvereinfachungsverfahren). Der erwartete Verlust wird unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Verlustquote bei Ausfall sowie der erwarteten Kredithöhe zum Ausfallzeitpunkt ermittelt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden auf Basis der im genossenschaftlichen Finanzverbund etablierten VR-Rating-Verfahren geschätzt. Die Annahmen zu Kredithöhen im Ausfallzeitpunkt, den zukünftigen Zahlungen und den Sicherheitenverwertungserlösen und -kosten basieren auf einem LGD-Modell. Als Voraussetzung für die Anwendung der Bewertungsvereinfachung ist im Rahmen der Kreditvergabepraxis sichergestellt, dass die Konditionenvereinbarung zum Zeitpunkt der Kreditvergabe unter Berücksichtigung einer risikoadäquaten Bonitätsprämie erfolgt, deren Höhe sich an dem erwarteten Verlust über die Restlaufzeit orientiert. Die Ausgeglichenheitsannahme wurde zum Bilanzstichtag überprüft.

Die Risikovorsorgebeträge für die Forderungen an Kreditinstitute und die Forderungen an Kunden werden als Pauschalwertberichtigungen von den jeweiligen Aktivposten abgesetzt. Die für Eventualverbindlichkeiten sowie unwiderrufliche Kreditzusagen ermittelten Risikovorsorgebeträge werden von den Unterstrich-Positionen abgesetzt und als pauschale Rückstellungen in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesen. Für widerrufliche Kreditzusagen erfolgt allein die Passivierung einer pauschalen Rückstellung in den anderen Rückstellungen (Passivposten 7c).

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten Wertpapiere (Liquiditätsreserve) wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis oder dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die wie Anlagevermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren werden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlöschungskurs angepasst.

Zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs haben wir ferner Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB im Bestand.

Der Ansatz der Wertpapiere erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Als Wertmaßstab im Rahmen der Folgebewertung wird auf den Börsenpreis oder einen ggf. bestehenden Marktpreis zurückgegriffen. Besteht kein aktiver (liquider) Markt oder kann ein Börsen- oder Marktpreis aus anderen Gründen nicht festgestellt werden, wird der beizulegende Zeitwert mittels Barwertberechnung (Discounted Cashflow-Verfahren) ermittelt.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente, die aufgrund des eingebetteten Derivats im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche (andersartige) Risiken oder Chancen aufweisen, haben wir nicht im Bestand. Eine getrennte Bilanzierung ist daher nicht erforderlich.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen bilanziert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die Bewertung der entgeltlich erworbenen immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen erfolgte zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, vermindert um planmäßige Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen liegen die der geschätzten wirtschaftlichen Nutzungsdauer entsprechenden Abschreibungssätze zugrunde, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientieren.

Außerplanmäßige Abschreibungen wurden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Sofern die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung früherer Jahre nicht mehr bestehen, erfolgen entsprechende Zuschreibungen.

Software wurde unter der Bilanzposition "Immaterielle Anlagewerte" ausgewiesen. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Anschaffungsjahr bei linearer Abschreibung pro rata temporis abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 800 EUR werden als sofort abziehbare Betriebsausgaben behandelt.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert oder zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Latente Steuern

Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen.

Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.

Der Aktivüberhang resultiert im Wesentlichen aus den Wertpapieranlagen, aus den Sachanlagen, aus den Kundenforderungen sowie den Pensions- und anderen Rückstellungen. Passive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Verbundene Unternehmen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte zum jeweiligen Erfüllungsbetrag.

Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen bzw. drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der 'RichttafelIn 2018 G' (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen aus Anwartschaften auf Pensionen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren angesetzt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert bilanziert.

Als Rententrend für die Pensionsrückstellungen werden 3 % und für die Rentenzusagen eine Anpassungsdynamik von 2 % angenommen

Die Abzinsung der Pensionsrückstellungen erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit 1,90 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per Dezember 2024 ermittelten Zinssatzes). Im Vergleich zu einer Abzinsung mit einem entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich nunmehr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 85 396 EUR, entsprechend entfällt die Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungssatzes im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen werden analog zum Ab-/Aufzinsungseffekt im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsanwartschaften der Vorstände und Teile der Versorgungsverpflichtungen gegenüber früheren Vorständen wurden auf externe Versorgungsträger übertragen (R+V Pensionsfonds AG bzw. Versorgungskasse genossenschaftlicher Unternehmen (VGU e.V.)). Die Leistungsempfänger sind in vollem Umfang durch Deckungskapital abgedeckt. Bei der Bank verbleibt darüber hinaus die Subsidiärhaftung.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die historischen Anschaffungskosten der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betragen 1.385.364 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände betrug 1.385.364 EUR. Der beizulegende Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände (Rückdeckungsversicherungen) wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden betrug 1.385.364 EUR. Erträge aus der Abzinsung der Verpflichtungen wurden mit den aus dem Deckungsvermögen resultierenden Erträgen (Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) in Höhe von 25.685 EUR verrechnet.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und für Zuschläge sowie sonstige, über den Basiszins hinausgehende Vorteile für Einlagen, wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen. Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

- **Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs**

Zinsswaps mit langen Laufzeiten, deren Laufzeit die im Zinsbuch der Bank kontrahierten Geschäfte deutlich überschreiten, wurden in einen zum Zinsbuch volumens- und laufzeitkongruenten Teil (Kassa-Swap) und einen volumens- und laufzeitinkongruenten Teil (Termin-Swap) aufgeteilt. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuchs einschließlich der zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Aktiv/Passiv-Steuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 (n.F.) verlustfrei bewertet. Hierzu werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt. Der sich daraus ergebene positive Differenzbetrag wird anschließend um den Barwert der direkt aus den Zinsprodukten des Bankbuchs resultierenden Gebühren- und Provisionserträge erhöht und um den Risikokostenbarwert im Kundenkreditgeschäft sowie Eigengeschäft und den Bestandsverwaltungskostenbarwert vermindert. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2024 war keine Rückstellung zu bilden.

Vermerke unter dem Bilanzstrich

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig in geringem Umfang Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2024 in Höhe von 194 402 961 EUR betreffen 194.402.961 EUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerrufenen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Den latenten Risiken der Positionen unter dem Bilanzstrich wurde durch die Bildung von Pauschalrückstellungen gemäß IDW RS BFA 7 Rechnung getragen.

Derivative Finanzinstrumente

Die zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen derivativen Geschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Soweit die derivativen Geschäfte im Einzelfall nicht der Aktiv-Passiv-Steuerung dienen, werden sie nach den Grundsätzen des Imparitäts- und Realisationsprinzips einzeln bewertet. Bei der Bewertung langlaufender Zinsswaps erfolgt eine wirtschaftliche Aufteilung in einen laufzeitkongruenten Teil, der in die verlustfreie Bewertung des gesamten Zinsbuchs einbezogen wird, und in einen laufzeitinkongruenten Teil, der einzeln imparitätlich bewertet wird.

Zinserträge/Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands).

Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeitgerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen.

Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

keine

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle EUR)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	1 748 624	89 250	-	a) - b) -	1 837 874	66 937	48 121
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	24 987 993	886 671	-	a) 9 189 511 b) -	16 685 153	10 594 637	14 789 338
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	6 611 378	266 224	-	a) 743 937 b) -	6 133 665	962 107	1 166 101
a	33 347 995	1 242 145	-	a) 9 933 448 b) -	24 656 692	11 623 681	16 003 560

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstich- tag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	1 700 503	-	-	-	70 434	-	1 770 937
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	10 198 655	-	2 960 935	-	309 865	1 457 069	6 090 516
b) Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	5 445 277	-	681 248	-	407 529	-	5 171 558
a	17 344 435	-	3 642 183	-	787 828	1 457 069	13 033 011

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Schuldschein- darlehen/ Namenspapiere	10 000 000	-5 000 000	5 000 000
Wertpapiere des Anlagever- mögens	509 862 563	3 436 556	513 299 119
Beteiligungen und Geschäfts- guthaben bei Genossenschaften	12 114 429	-865 000	11 249 429
Anteile an verbundenen Unternehmen	2 239 175	-23 209	2 215 966
b	534 216 167	-2 451 653	531 764 514
Summe a und b	567 564 162		543 388 195

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind 107 204 674 EUR Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Mona- te bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	4 889 092	-	-	-
Forderungen an Kunden (A 4)	57 306 213	136 804 765	710 294 355	2 658 189 599

In den Forderungen an Kunden sind 3 552 856 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.
Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr 62 321 367 EUR fällig.
- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an verbundene Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kunden (A 4)	26 891 244	31 585 036

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) und Anlageaktien an Investmentaktiengesellschaften mit veränderlichem Kapital (§§ 108 bis 123 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischem Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6).

Anlageziele	Buchwert EUR	Zeitwert EUR	Differenzen (Zeitwert/ Buchwert) EUR	Erhaltene Ausschüttungen EUR	Tägliche Rückgabe Ja / Nein
Ertrags- und Liquiditätssteuerung	176 858 177	187 658 414	10 800 237	4 550 004	Ja

Es handelt sich um Spezialfonds, bei denen eine tägliche Rückgabe von Fondsanteilen möglich ist. Eine vollständige Auflösung der Fonds kann vertraglich nur zum Geschäftsjahresende erfolgen.

- Die Genossenschaft besitzt folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht:

Name und Sitz	Anteil am Gesell- schaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) WB Werte & Boden GmbH, Nürnberg	100,00	2024	12 499	2024	-5 527
b) WB Projekt 1 GmbH & Co.KG, Nürn- berg	94,90	2023	315 177	2023	290 279
c) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	5,10	2023	10 798 783	2023	243 150
d) Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg	99,99	2023	30 763 421	2023	-1 839 440
e) PSD WB Invest GmbH & Co. ge- schlossene InvKG, Hamburg	100,00	2024	326 592 613	2024	7 486 221
f) WB 2 Werte & Boden GmbH, Nürn- berg	100,00	2023	58 245	2023	12 632
g) WB 4 Werte & Boden GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2023	10 798 783	2023	243 150
h) WB 5 Stuttgart GmbH & Co.KG, Nürnberg	94,90	2023	507 442	2023	482 442
i) Patrizia GrundInvest Objekt Dresden GmbH & Co. KG, Augsburg	94,90	2023	23 243 123	2023	63 131
j) PSD Werte & Boden GmbH & Co.KG, Hamburg	100,00	2023	205 554 576	2023	4 289 369
k) WB 3 Werte & Boden Atrium GmbH & Co.KG, Nürnberg	100,00	2023	724 247	2023	432 247
l) WB 3 Werte & Boden GmbH, Nürn- berg	100,00	2024	9 776	2024	-3 333

Die unter Buchstabe a bis c genannten Unternehmen sind in der Bilanzposition verbundene Unternehmen bilanziert. Bei den unter Buchstabe a bis e genannten Beteiligungen handelt es sich um direkte Beteiligungen. Die Patrizia GrundInvest Dresden GmbH & Co. geschlossene InvKG, Augsburg sowie die PSD WB Invest GmbH & Co. geschlossene InvKG, Hamburg sind geschlossene AIF und damit Investmentvermögen. Diese werden nach § 17 i.V.m. § 7 Rech-KredV unter Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere bilanziert. Bei den unter f bis l genannten Beteiligungen handelt es sich um indirekte Beteiligungen

Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
DZ Beteiligungs-GmbH & Co.KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,19	2024	3 209 328 337	2024	121 007 935

Weitere Beteiligungen wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung gem. § 286 Abs. 3 HGB nicht angegeben.

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	202 833 758	198 531 380	4 302 378	95 862 277

- Zu den Finanzanlagen gehörende Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, bestehen in folgendem Umfang:
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit einem Buchwert von 95.589.786 EUR haben einen niedrigeren beizulegenden Zeitwert von 91.404.324 EUR.
Auf im Anlagevermögen ausgewiesene Wertpapiere wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB nicht vorgenommen. Die Wertminderungen werden von uns als voraussichtlich nicht dauerhaft beurteilt, da es sich um rein zinsinduzierte Schwankungen handelt, die keine regelmäßig dauernde Wertminderung darstellen.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
- Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	-
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	962 107

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche	9 487 561
sonstige Forderungen	1 955 566
Gruppenunfallversicherung	912 370

- In folgenden Posten und Unterposten der Aktivseite sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten - Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 800 000	3 800 000

- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 139 228 864 EUR Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate EUR	mehr als drei Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre EUR	mehr als fünf Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	7 246 201	45 191 122	236 464 787	216 443 037
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab)	353 482	8 674 097	181 591	-
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	250 133 959	698 773 604	111 980 677	433 491 504

Die Zinsabgrenzung wurde aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

- Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuer / Finanzamt	<u>4 814 602</u>
offene Rechnungen	<u>1 015 468</u>
Verbindlichkeit aus Barsicherheiten im Zusammenhang mit Derivaten	<u>23 400 000</u>
Verrechnung Card-Process	<u>609 062</u>

- Angaben zum Posten Nachrangige Verbindlichkeiten:
Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen in Höhe von 1 371 896 EUR an.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten weisen zum 31.12.2024 einen Nominalwert in Höhe von 63.638.673 EUR auf. Es bestehen folgende Emissionen von mehr als zehn Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Nachrangiges Schuldscheindarlehen 11 Mio. EUR, Zinssatz 2,087 %. Fälligkeit 12.07.2032

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit der Verbindlichkeit ist wie folgt geregelt:

Die aufgeführten Verbindlichkeiten sind im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Das Kapital ist nicht durch die gesetzliche Einlagensicherung geschützt. Die Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt 5, 9 und 12 Jahre. Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Anforderungen an das Ergänzungskapital (Art. 62 ff CRR).

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	<u>16 384 930</u>	<u>16 519 940</u>

- Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

		EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		59 209 726
b) der ausscheidenden Mitglieder		2 192 024
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		96 800
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	2 100

- Die Ergebnismrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	Andere Rücklagen EUR
Stand 1. Januar 2024	17 110 000	122 778 480
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	650 000	3 194 679
Stand 31. Dezember 2024	17 760 000	125 973 159

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 3,500 %	2 107 370,05
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	650 000,00
Zuweisung zu den anderen Ergebnismrücklagen	3 203 884,71
Insgesamt	5 961 254,76

- Ausschüttungsgesperrte Beträge bestanden zum 31. Dezember 2024

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag entfällt, da sich im Geschäftsjahr erstmalig ein negativer Unterschiedsbetrag von 85 396 EUR ergibt.

- Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente Nichthandelsbestand**

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands bei der genossenschaftlichen Zentralbank in Höhe von nominal 565 Mio. EUR

- Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands**

In der nachfolgenden Tabelle sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, zusammengefasst (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Neben der Gliederung nach Produktgruppen wird die Fälligkeitsstruktur auf Basis der Nominalbeträge dargestellt. Die beizulegenden Zeitwerte werden ohne rechnerisch angefallene Zinsen angegeben ('clean prices').

Angaben in Mio. EUR	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert positiv	Beizulegender Zeitwert negativ
	<= 1 Jahr	> 1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps (gleiche Währung)	110,0	30,0	425,0	565,0	26,4	3,7

Die in vorstehender Tabelle enthaltenen zinsbezogenen Geschäfte werden fast ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuches im Rahmen der Aktiv- /Passivsteuerung eingesetzt.

Gezahlte Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 93.358 EUR zu Buche (Aktiva 14). Erhaltene Upfront-Payments aus Zinsswaps stehen mit 71.332 EUR zu Buche (Passiva 6).

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Der beizulegende Wert aller Geschäfte ermittelt sich aus positiven Marktwerten in Höhe von 26.427.771 EUR (Nennwert 335 Mio.EUR) und negativen Marktwerten in Höhe von - 3.707.750 EUR (Nennwert 230 Mio.EUR). Das Adressenausfallrisiko besteht lediglich gegenüber der Zentralbank und beläuft sich gemäß Solvabilitätsverordnung in der Anrechnung somit auf 0 %.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Passivposten	Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag in EUR
1a. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Abtretung von Forderungen bzw. Sicherheiten	<u>125 291 333</u>

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Wir haben im geringen Umfang Negativzinsen von institutionellen Anlegern erhalten. Positive Zinsen aus Kundeneinlagen haben wir nicht generiert.
- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

Sonstige betriebliche Erträge	<u>EUR</u>
Zuschreibung Grundstücke	<u>1 457 069</u>
Gewinn aus dem Verkauf einer Immobilie, sowie verkauftem Inventar	<u>2 772 211</u>

E. Sonstige Angaben

• Pfandbriefe

Die PSD Bank Nürnberg eG ist seit 04.09.2015 Pfandbriefbank.

Nachfolgend sind die Posten der Bilanz gemäß den Vorschriften für die Formblätter von Pfandbriefbanken aufgeführt.

Da die PSD Bank Nürnberg eG das Pfandbriefgeschäft nicht schwerpunktmäßig betreibt, wurden die Untergliederungen aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit in den Anhang übernommen. Aus den gleichen Gründen stellen wir nur die nach der RechKredV vorgesehenen Posten der Bilanz dar, deren Inhalte das Pfandbriefgeschäft betreffen.

Untergliederung von Posten der Bilanz auf Grund des Pfandbriefgeschäftes

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	-		-	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	<u>107 211 817</u>	<u>107 211 817</u>	<u>141 897 447</u>	<u>141 897 447</u>
darunter:				
täglich fällig	<u>102 322 725</u>		<u>117 827 709</u>	
gegen Beleihung von Wertpapieren	<u>-</u>		<u>-</u>	

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Hypothekendarlehen	2 807 592 919		2 754 277 290	
b) Kommunalkredite	-		-	
c) andere Forderungen	758 554 869	3 566 147 788	775 867 616	3 530 144 906
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	-		-	

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions - und Darlehensgeschäft	-		-	
b) andere	1 609 463	1 609 463	1 665 705	1 665 705

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	276 116 283		291 174 594	
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	-		-	
c) andere Verbindlichkeiten	229 228 864	505 345 147	281 379 794	572 554 388
darunter:				
täglich fällig	-		14 908	

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		454 173 598		438 852 073
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		-		-
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	513 245 146		582 527 302	
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist mehr als drei Monate	9 209 170	522 454 316	10 690 063	593 217 365
d) andere Verbindlichkeiten		2 548 895 677		2 419 765 950
darunter:				
täglich fällig	1 508 689 530		1 611 458 671	
Summe		3 525 523 591		3 451 835 388

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekendarlehen	-		-	
ab) Öffentliche Pfandbriefe	-		-	
ac) Sonstige Schuldverschreibungen	-	-	-	-
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten		-		-
darunter				
Geldmarktpapiere	-		-	
Summe		-		-

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	-		-	
b) andere	71 332	71 332	75 888	75 888

• Angaben nach § 28 PfandBG zum Hypothekendarlehenlauf

Angaben zu Gesamtbetrag und Laufzeitstruktur (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 7 PfandBG Verhältnis Umlauf zur Deckungsmasse	Nennwert		Barwert		Risikobarwert inkl. Währungsstress ¹⁾	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs inkl. Derivate	725,60	725,60	680,02	664,61	564,22	544,52
Gesamtbetrag der Deckungsmassen inkl. Derivate	1 343,42	1 220,58	1 299,29	1 154,61	1 104,81	987,67
% Fremdwährungsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Passiva	-	-	-	-	-	-
% Fremdwährungsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
% Zinsderivate v. Aktiva	-	-	-	-	-	-
Überdeckung in %	85,15	68,22	91,07	73,73	95,81	81,38
Überdeckung	617,82	494,98	619,27	490,00	540,59	443,14
Gesetzliche Überdeckung ²⁾	28,42	28,49	13,60	27,02		
Vertragliche Überdeckung	-	-	-	-		
Freiwillige Überdeckung	589,39	466,49	605,67	462,98		

¹⁾ Sowohl die Ermittlung des Risikobarwerts als auch des Währungsstresses erfolgt statisch

²⁾ Die gesetzliche Überdeckungserfordernis setzt sich aus der barwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG und der nennwertigen sichernden Überdeckung gemäß § 4 Abs. 2 PfandBG zusammen.

§ 28 Abs. 1 Nr. 4 und 5 PfandBG Laufzeitstruktur, Zinsbindungsfrist und Fälligkeitsverschiebung	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse		Fälligkeitsverschiebung ³⁾	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
bis zu sechs Monate	5,00	15,00	64,33	43,22	-	-
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	35,00	-	43,81	39,92	-	-
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	28,00	5,00	47,11	72,26	5,00	15,00
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	20,00	35,00	46,05	46,44	35,00	-
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	60,00	48,00	102,24	85,21	48,00	40,00
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	35,00	60,00	94,23	95,41	60,00	48,00
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	10,00	35,00	84,74	88,78	35,00	60,00
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	289,60	259,60	438,87	379,34	259,60	189,60
über 10 Jahre	243,00	268,00	422,04	370,01	283,00	373,00

³⁾ Auswirkungen einer Fälligkeitsverschiebung auf die Laufzeitenstruktur der Pfandbriefe / Verschiebungsszenario 12 Monate.

<p>§ 28 Abs. 1 Nr. 5 PfandBG Informationen zur Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG</p>	<p>31.12.2024</p>	<p>31.12.2023</p>
<p>Voraussetzungen für die Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG</p>	<p>Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.</p>	<p>Das Hinausschieben der Fälligkeit ist erforderlich, um die Zahlungsunfähigkeit der Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit zu vermeiden (Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit), die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit ist nicht überschuldet (keine bestehende Überschuldung) und es besteht Grund zu der Annahme, dass die Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit jedenfalls nach Ablauf des größtmöglichen Verschiebungszeitraums unter Berücksichtigung weiterer Verschiebungsmöglichkeiten ihre dann fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann (positive Erfüllungsprognose). Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2b PfandBG.</p>

<p>Befugnisse des Sachwalters bei Verschiebung der Fälligkeit der Pfandbriefe nach § 30 Abs. 2a PfandBG</p>	<p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.</p> <p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.</p> <p>Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.</p>	<p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten der Tilgungszahlungen verschieben, wenn die maßgeblichen Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG hierfür erfüllt sind. Die Verschiebungsdauer, welche einen Zeitraum von 12 Monaten nicht überschreiten darf, bestimmt der Sachwalter entsprechend der Erforderlichkeit.</p> <p>Der Sachwalter kann die Fälligkeiten von Tilgungs- und Zinszahlungen, die innerhalb eines Monats nach seiner Ernennung fällig werden, auf das Ende dieses Monatszeitraums verschieben. Entschieden sich der Sachwalter für eine solche Verschiebung, wird das Vorliegen der Voraussetzungen nach § 30 Abs. 2b PfandBG unwiderlegbar vermutet. Eine solche Verschiebung ist im Rahmen der Höchstverschiebungsdauer von 12 Monaten zu berücksichtigen.</p> <p>Der Sachwalter darf von seiner Befugnis für sämtliche Pfandbriefe einer Emission nur einheitlich Gebrauch machen. Hierbei dürfen die Fälligkeiten vollständig oder anteilig verschoben werden. Der Sachwalter hat die Fälligkeit für eine Pfandbriefemission so zu verschieben, dass die ursprüngliche Reihenfolge der Bedienung der Pfandbriefe, welche durch die Verschiebung überholt werden könnten, nicht geändert wird (Überholverbot). Dies kann dazu führen, dass auch die Fälligkeiten später fällig werdender Emissionen zu verschieben sind, um das Überholverbot zu wahren. Siehe ergänzend auch § 30 Absatz 2a und 2b PfandBG.</p>
---	---	---

§ 28 Abs. 1 Nr. 6 PfandBG Liquiditätskennzahlen	31.12.2024	31.12.2023
Absolutbetrag der von Null verschiedenen größten sich ergebenden negativen Summe in den nächsten 180 Tagen i. S. d. § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG für die Pfandbriefe (Liquiditätsbedarf)	-	1,19
Tag an dem sich die größte negative Summe ergibt	-	97
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsabdeckung)	24,90	21,83
Liquiditätsüberschuss	24,90	20,64

§ 28 Abs. 1 Nr. 13 PfandBG Kennzahlen	31.12.2024	31.12.2023
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	100,00 %	100,00 %
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00 %	100,00 %

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung)	Zinsstress-Barwert der Deckungsmassen		Zinsstress-Barwert des Pfandbriefumlaufs	
Fremdwährung	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 14 PfandBG (nach § 6 Pfandbrief- Barwertverordnung)	Wechselkurs		Nettobarwert in Fremdwährung		Nettobarwert in EUR	
Fremdwährung	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
	-	-	-	-	-	-

Zusammensetzung der ordentlichen Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Größenklassen	31.12.2024	31.12.2023
bis zu 300 Tsd. €	1 272,21	1 166,63
mehr als 300 Tsd. € bis zu 1 Mio. €	45,71	28,45
mehr als 1 Mio. € bis zu 10 Mio.€	-	-
mehr als 10 Mio. €	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (I)	31.12.2024	31.12.2023
wohnwirtschaftlich	1 317,92	1 195,08
gewerblich	-	-

§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG Verteilung der Deckungswerte nach Nutzungsart (II)	31.12.2024	31.12.2023
Staat		
Bundesrepublik Deutschland		
Eigentumswohnungen	323,55	301,65
Ein- und Zweifamilienhäuser	994,37	893,43
Mehrfamilienhäuser	-	-
Bürogebäude	-	-
Handelsgebäude	-	-
Industriegebäude	-	-
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	-	-
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Summe	1 317,92	1 195,08

Weitere Kennzahlen		31.12.2024	31.12.2023
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Forderungen nach § 12 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 13 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG - Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1 PfandBG, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 PfandBG überschreiten	in Mio. EUR	-	-
§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG - volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (seasoning)	in Jahren	5,83	5,39
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG - durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf	in %	50,46	50,38
ordentliche Deckung (nominal)	in Mio. EUR	1 317,92	1 195,08
Anteil am Gesamtumlauf	in %	181,63	164,70

Zusammensetzung der weiteren Deckungswerte (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 12 PfandBG Gesamtbetrag der Forderungen, die die Begrenzungen überschreiten	31.12.2024	31.12.2023
§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	-	-
§ 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 a) und b) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 a) bis c) PfandBG			
	Gesamt		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	
Staat	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
EU-Institutionen	-	10,50	-	-
Summe	-	10,50	-	-

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 4 PfandBG	
	31.12.2024	31.12.2023
EU-Institutionen	10,50	-
Frankreich	15,00	15,00
Summe	25,50	15,00

§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 PfandBG Gesamtbetrag der eingetragenen Forderungen	Summe	
	31.12.2024	31.12.2023
EU-Institutionen	10,50	10,50
Frankreich	15,00	15,00
Summe	25,50	25,50

Übersicht über rückständige Leistungen (Angaben in Mio. EUR)

§ 28 Abs. 1 Nr. 15 PfandBG	31.12.2024	31.12.2023
Anteil der rückständigen Deckungswerte gemäß Art. 178 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	- %	- %

§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	Gesamtbetrag der mind. 90 Tage rückständigen Leistungen		Gesamtbetrag dieser Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5 % der Forderung beträgt	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Staat				
Keine	-	-	-	-
Summe	-	-	-	-

ISIN-Liste der Inhaberpapiere

§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ISIN-Liste nach Pfandbriefgattung (nur Inhaberpfandbriefe)	
31.12.2024	31.12.2023

Anhang des Jahresabschlusses

§ 28 Abs. 2 Nr. 5 PfandBG	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2023
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der am Abschlussstichtag anhängigen Zwangsverwaltungsverfahren mit gleichzeitigem Zwangsversteigerungsverfahren	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommenen Grundstücke	-	-	-	-
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen (Angaben in Mio. EUR)	-	-	-	-

• Zusatzangaben nach § 35 RechKredV

Die im Deckungsregister aufgeführten Realkredite in Höhe von 1.317,9 Mio. EUR werden in der Bilanz unter den Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die zur Deckung dienenden Wertpapiere in Höhe von 25,5 Mio. EUR (Nominalvolumen) sind in der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

- Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf 114 445 EUR.
- Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2024 Pensionsrückstellungen in Höhe von 94 719 EUR.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	<u>558 354</u>
Mitglieder des Aufsichtsrats	<u>154 936</u>

Geschäfte mit nahestehenden Personen wurden im Rahmen des üblichen Kredit-, Einlagen- und Girogeschäftes vorgenommen.

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von 9 329 TEUR.
- Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.
- Die Zahl der im Jahr 2024 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	<u>Vollzeitbeschäftigte</u>	<u>Teilzeitbeschäftigte</u>
Kaufmännische Mitarbeiter	<u>170,50</u>	<u>85,75</u>

Außerdem wurden durchschnittlich 11,25 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

		<u>Anzahl der Mitglieder</u>	<u>Anzahl der Geschäftsanteile</u>
Anfang	2024	51 590	592 325
Zugang	2024	345	25 081
Abgang	2024	2 238	23 143
Ende	2024	<u>49 697</u>	<u>594 263</u>

Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um

Höhe des Geschäftsanteils EUR 100

Höhe der Haftsumme	EUR <u>221 525</u>
	EUR <u>-</u>

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der PSD Banken e.V.

Dreizehnmorgenweg 36
53175 Bonn

- Mitglieder des Vorstands

Helmut Hollweck, Vorsitzender
Ronny Reißmann
Jessica Tröger

hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied
hauptamtliches Vorstandsmitglied

- Mitglieder des Aufsichtsrats

Dr. Tilman Engel, Vorsitzender
Dipl.-Kfm. René Stein, stellvertretender Vorsitzender
Martin Führlein
Sandra Huber (bis 31.08.2024)

Geschäftsführer, Sontowski & Partner GmbH
CFO, Prokurist Riedhammer GmbH
Geschäftsführer, Pegasus Capital Partners GmbH
Abteilungsleiterin Personalentwicklung / Ausbildung;
Mitglied des Betriebsrates der PSD Bank Nürnberg eG
Hauptgeschäftsführerin, AWO Kreisverband Kulmbach e.V.

Margit Vogel

Leitender Postdirektor a.D.

Dipl.-Ing Bernhard Pfund (bis 26.06.2024)

Vorsitzender DPVKOM Bayern

Edwin Then

Steuerberaterin, LEONI AG

Dipl.-Volkswirtin Carola Seifried

selbstständig, Beratender Diplom-Kaufmann

Dipl.-Kfm. Karl Michael Grimm

selbstständige Unternehmensberaterin

Betriebswirtin (VWA) Bettina Schlüter (ab 26.06.2024)

Nürnberg, 26. Februar 2025
(Ort, Datum)

PSD Bank Nürnberg eG
(Firma der Genossenschaft)

Der Vorstand

gez. Helmut Hollweck

gez. Ronny Reißmann

gez. Jessica Tröger

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die PSD Bank Nürnberg eG, Nürnberg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der PSD Bank Nürnberg eG (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung Kundenforderungen

a) Sachverhalt und Problemstellung

Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, umfassen einen Betrag in Höhe von 3.566,1 Mio. EUR. Dies entspricht 78,6 % der Bilanzsumme. Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 0,04 Mio. EUR.

Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen und Pauschalwertberichtigungen nach IDW RS BFA 7 sowie die Bemessung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten abhängig ist. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen von entscheidender Bedeutung für den Jahresabschluss und insbesondere für die Ertragslage und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Wir haben zunächst beurteilt, ob die Systeme bzw. Prozesse der Bank derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. Unsere Prüfungshandlungen umfassten die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Bereiche und Prozesse.

In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse überzeugt.

Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Bank ab.

Auf Basis der Erkenntnisse der Aufbau-, und Funktionsprüfung haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen die Höhe der ungesicherten Krediteile und des Credit Value at Risk sowie die Gesamtzusage berücksichtigt.

Auf den analytischen Prüfungshandlungen aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements einer Einzelfallprüfung unterzogen, bei der wir auch eine Prüfung hinsichtlich der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge vorgenommen haben.

Im Hinblick auf die gebildete Pauschalwertberichtigung zur Berücksichtigung vorhersehbarer, aber noch nicht konkretisierter Ausfallrisiken im Kreditgeschäft haben wir uns unter anderem mit den bei der Bewertung zugrunde gelegten Annahmen und Parametern auseinandergesetzt. Dabei haben wir die zutreffende Ableitung der sachlichen und betraglichen Bemessungsgrundlagen nachvollzogen. Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung haben wir anhand der einfließenden wesentlichen Annahmen und Parameter nachvollzogen und plausibilisiert.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Angaben der Bank zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang im Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden enthalten.

Im Lagebericht sind Ausführungen zu den Kreditstrukturen im Abschnitt „II.4.3 Vermögenslage – Kundenforderungen –“ und zu den Verfahren der Risikoerkennung im Abschnitt „III.3 Adressenausfallrisiken – Forderungen an Kunden –“ enthalten.

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen zum Zeitpunkt der Erteilung dieses Bestätigungsvermerks nicht vor.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Wertpapierdienstleistungs- und Depotprüfung nach § 89 WpHG
- Schulungsveranstaltungen für Aufsichtsräte und Bankmitarbeiter

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist David Peters

Bonn, den 27. Mai 2025

Verband der PSD Banken e.V.

gez. Peters
Wirtschaftsprüfer

Dieser Jahresabschluss wurde gemäß § 48 GenG in der Generalversammlung am <u>25. Juni 2025</u> festgestellt und die Ergebnisverwendung wie vorgeschlagen beschlossen.

BaFin - Instituts - Nummer: 101995

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2024
("Länderspezifische Berichterstattung")**

Die PSD Bank Nürnberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der PSD Bank Nürnberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die PSD Bank Nürnberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Investmentfonds etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2024 59.286 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 257,16.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 12.018 TEUR.

Die Steuern auf Gewinn betragen -128 TEUR und betreffen laufende Steuern.

Die PSD Bank Nürnberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.